

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	12. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Mai 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1.1 der Tagesordnung: Resolution des Gemeinderates „Karlsruhe - Stadt der Vielfalt“

Vorlage: 2015/0267

dazu:

Änderungsantrag der Stadträte Marc Bernhard und Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 10. Mai 2015

Vorlage: 2015/0305

Beschluss:

Der Karlsruher Gemeinderat stimmt der Resolution zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.1. zur Behandlung auf:

Hier gibt es noch einen Antrag zur Geschäftsordnung vor Eintritt in die Tagesordnung.
Herr Stadtrat Fostiropoulos.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wir haben hier einen schönen Button bekommen für Toleranz und Vielfalt. Wir haben mitbekommen, dass die Kargida/Pegida-Bewegungen sich dem Rathaus nähern mit ihren neuen Routen. Wir haben heute beim Punkt 1 eine gemeinsame Erklärung vor, die ich sehr gut finde. Mein Vorschlag wäre, weil ich nicht weiß, wie lange die Tagesordnung ist, es schön wäre, wenn der Gemeinderat dieses Mal gemeinsam auch zur Gegendemonstration gehen würde, weil wir ja mit unserer Resolution etwas darstellen. Die Frage ist nur, wird die Tagesordnung so lang sein, müssen wir unterbrechen oder können wir im Anschluss gemeinsam hingehen. Es wäre jetzt ein Vorschlag, dass wir das heute gemeinsam tun, vielleicht im Anschluss der Sitzung.

Der Vorsitzende: Sie sprachen von einem Vorschlag und keinem Antrag. Von daher liegt es an Ihnen und Ihren Redezeiten, inwieweit wir zeitlich bis dahin so weit sind, dass wir dann alle zu der Demonstration gehen können.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1.1. Resolution des Gemeinderates „Karlsruhe - Stadt der Vielfalt“ und gleichzeitig den Änderungsantrag der AfD vom 17.05.

Lassen Sie mich drei, vier Sätze zur Einführung sagen. Wir werden hier seit Wochen und Monaten von den so genannten Kargida-Demonstrationen genervt in dieser Stadt. Wir können feststellen, dass die entsprechende Bewegung hier in Karlsruhe eigentlich nicht Fuß fasst, weil es nicht zu einer erkennbaren Resonanz der Bürgerinnen und Bürger dergestalt kommt, dass wir hier eine nennenswerte Akzeptanz wahrnehmen würden von Bürgerinnen und Bürgern, die ansonsten keine Möglichkeit finden, sich politisch zu engagieren oder auch zu artikulieren, anders als das in anderen bundesrepublikanischen Teilen stattfindet. Wir können feststellen, dass wir hier einen zunehmenden Anteil von bekannten rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Personen wahrnehmen, die hier unsere Stadt als regelmäßiges Demonstrationfeld wahrnimmt, die zum größten Teil nicht aus der Stadt selber kommen, sondern aus einem relativ breiten Einzugsbereich. Das ist übrigens völlig identisch mit dem, was auch der Kollege in Villingen-Schwenningen und was wir auch an anderen Stellen im Rahmen von Pegida-Demonstrationen wahrnehmen.

Dennoch und vielleicht auch trotzdem gibt es einen klaren Wunsch an den Gemeinderat und auch aus den Reihen des Gemeinderates zum Thema Vielfalt, zum Thema der 300-jährigen guten Tradition eines Miteinanders der ganz verschiedensten und verschiedenen Menschen aus allen Richtungen der Welt und unterschiedlicher Religionen, Kulturen, Sprachen und auch Weltanschauungen, dies in Form einer Resolution zu unterstreichen. Dieses knüpft an die Traditionen an, die es schon in der Millenniumserklärung, die es 2000/2013 zu entsprechenden Anlässen gab. Von daher ist diese Resolution, die wir Ihnen heute vorschlagen, auch nicht eine klassische Resolution, die nur zu Themen formuliert, sondern es ein Stück weit auch der Aufriss und die Darstellung eines traditionellen Umgangs in dieser Stadt und auch dieses Gemeinderates mit diesen Themen, dem wir jetzt ein neues Kapitel anfügen wollen.

Wir haben die Resolution auch nach den Diskussionen im Ältestenrat noch einmal an zwei Punkten geändert. Zum einen haben wir auf der Seite 3 oben, das ist in der vierten Zeile, statt „tatsächlichen Möglichkeiten“ „politischen Möglichkeiten“ eingefügt. Das war im ursprünglichen Text schon mal verändert worden. Das ist nur nicht übertragen gewesen. Wir haben in der vorletzten Zeile „gegen Extremismus in jeglicher Form“ eingefügt. Das war ein ausdrücklicher Wunsch aus Ihren Reihen.

Jetzt ist es auch ein Stück Tradition in Karlsruhe, dass solche Resolutionen hier nicht groß miteinander und strittig diskutiert werden, sondern dass man diese Resolutionen gründlich vorbereitet und sich dann mit großer Kraft im Gemeinderat dahinterstellt. Es gab auch das Anliegen, dies über einen Geschäftsordnungsantrag, der einen Verzicht auf eine Debatte erwirken sollte, noch einmal zu unterstreichen. Wir nehmen jetzt wahr, dass dieser Geschäftsordnungsantrag dann nach gründlicher Diskussion nicht gestellt wird und haben hier einen Änderungsantrag auch vorliegen. Damit ergibt sich die Möglichkeit, zu dem Änderungsantrag eine kurze Begründung hier abzuliefern und dann über die Resolution abzustimmen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ein solcher Geschäftsordnungsantrag völlig legitim gewesen wäre. In der Verständigung jetzt in Fortsetzung des Ältestenrates verzichten Sie aber darauf. Insofern kann ich daran ap-

pellieren, dass wir unseren Traditionen an dieser Stelle treu bleiben, dass wir mit dieser Resolution ein ganz starkes Signal noch mal als Gemeinderat setzen, das auch da sehr differenziert ausformuliert ist und könnten, wenn der Wunsch besteht, den Änderungsantrag noch zu begründen, das machen, aber ansonsten dann zur Abstimmung schreiben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst möchten wir von der AfD uns ganz herzlich dafür bedanken, dass wir Gelegenheit bekommen, hier unseren Änderungsantrag zu begründen. Wir akzeptieren, dass danach keine weitere Aussprache erfolgen soll.

Die Begründung ist erforderlich, weil wir klar darlegen wollen, dass wir diesen Text nicht verwässern, sondern verbessern wollten. Wir sahen uns mit diesem Antrag der Stadt, der Resolution, gezwungen, da es keine vorherige Abstimmung oder Diskussion in irgendwelchen Ausschüssen gegeben hatte, unseren Änderungsantrag einzubringen, da in dem Resolutionstext in Teilen Passagen enthalten sind, die nicht ganz den Tatsachen entsprechen und auch Passagen, die reine Mutmaßungen enthalten. So liegen z. B. der Stadt, laut ihrer eigenen Gemeinderatsvorlage vom 28.04. zu einer Anfrage der Linken, keine Erkenntnisse darüber vor, dass die Mehrzahl der Teilnehmer an den Kundgebungen nicht aus Karlsruhe kommt. Dennoch wird dies in der Resolution einfach behauptet. Außerdem erinnert die in der Resolution verwendete Sprache an Propaganda, beispielsweise wenn hier Begriffe wie Kampf, Feindbild, mobil machen oder mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verwendet werden. Wir möchten hier an dieser Stelle dafür danken, dass Sie von den zahlreichen Umformulierungsvorschlägen, die wir hatten, wenigstens zwei berücksichtigt haben.

Die Unzulänglichkeiten des Textes wollten die AfD mit ihrem Änderungsantrag korrigieren, denn ein Text, der auch in Teilen fragwürdig ist, büßt insgesamt an Glaubwürdigkeit ein. Außerdem könnte die Resolution in der aktuell vorliegenden Form den Eindruck entstehen lassen, die Stadt wolle bestimmten Menschen ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verwehren. Gerade dieser Punkt ist aufgrund der im Text mehrfach verwendeten Begriffe Grundrechte, Menschenrechte und Toleranz sehr ernst zu nehmen, da sonst die Glaubwürdigkeit des gesamten Textes infrage gestellt wird. Schließlich bedeutet „Stadt der Vielfalt“ auch „Vielfalt der Meinungen“ und auch, dass diese Meinungen uneingeschränkt kundgetan werden können, so lange sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen. Wie sagte einst Voltaire: „Ich verachte Ihre Meinung, gäbe aber mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen“.

Unser Änderungsantrag sieht vor, dass einige weitere Passagen gestrichen werden. Weshalb sie gestrichen werden sollen, habe ich eben begründet. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Behandlung der Anträge. Ich rufe als erstes auf den Änderungsantrag der AfD und bitte um das Kartenzeichen. - 2 Zustimmungen, 1 Enthaltung. Der Rest ist Ablehnung. Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur eigentlichen Resolution. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Da haben wir 2 Enthaltungen. Der Rest ist Zustimmung. Damit ist er mit überwältigender großer Mehrheit angenommen. Ich darf mich ganz herzlich für dieses klare Signal

bedanken und darf Sie abschließend aufrufen, an der großen Veranstaltung am Samstag für Vielfalt in Karlsruhe teilzunehmen, die im Wesentlichen die Stadt Karlsruhe selber jetzt initiiert und werde auch alle aufrufen, die mich anschreiben aus den so genannten Pegida-Demonstrationen, da gibt es doch Vereinzelte, die dann das direkte Wort mit mir suchen, was ich sehr begrüße, am Samstag zu kommen. Ich fände es sinnvoller, über das Thema Vielfalt in dem Zusammenhang zu diskutieren als über das, was hier auch mitunter von manchen Rednerinnen und Rednern bei den Kargida-Demonstrationen vorgetragen wird. Ich halte überhaupt diese Formulierung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ bestenfalls noch für eine Anmaßung, die für mich schon auch etwas mit einer subtilen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu tun hat und von daher eigentlich von der Begrifflichkeit her selbst ein absolutes Unding ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
1. Juni 2015